



Herrn
Bundesminister Peter Altmaier
Bundesministerium für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU)
11055 Berlin

17.04.2013

Offener Brief zum Thema Bienen und Verbot der Neonicotinoide

Sehr geehrter Herr Minister Altmaier,

wie Sie sicher über die Presse informiert worden sind, haben sich die deutschen Imker in den letzten Monaten verstärkt an die Öffentlichkeit und die Politik gewandt, um auf die Bedrohung der Bienen und der Imkerei durch hochgradig bienengefährliche Pflanzenschutzmittel, insbesondere der Neonicotinoide, aufmerksam zu machen.

Es geht den Imkerverbänden dabei nicht nur um die Auswirkungen auf die Produktion von wertvollen Bienenprodukten, vielmehr gehört es zum Selbstverständnis der Imkerschaft auch auf die Wildbienen zu achten. Viele Imker schaffen auch Nistmöglichkeiten für andere Bestäuber und beobachten deren Entwicklung sehr genau. Als Imker sind wir uns bewusst, dass die Honigbiene einer der wichtigsten Umweltindikatoren überhaupt ist, weil sie stellvertretend für viele Insekten steht, die nicht unter so genauer Beobachtung stehen. Es ist daher unsere Aufgabe, ihr Anwalt zu sein.

Die immer weiter voranschreitende Intensivierung der deutschen Landwirtschaft hat insgesamt massive Folgen für die Umwelt, das Überleben vieler Insekten sowie der von diesen und von ihnen bestäubten Wildpflanzen und den davon lebenden Vögeln. Der wissenschaftlich vielfach dokumentierte massive Rückgang der Biodiversität ist die logische Konsequenz.

Es gilt, sich wieder auf die Möglichkeiten der bekannten guten fachlichen Praxis mittels einer Fruchtfolge zu besinnen und nicht zu schädigenden chemischen Mitteln zu greifen. Herr Minister Altmaier, Sie stehen in einer besonderen Verantwortung gegenüber der zukünftigen Entwicklung unserer biologischen Vielfalt.

Über 95.000 organisierte deutsche Imker – insgesamt wohl ca. 100 000 Imkerinnen und Imker in Deutschland - , die durch ihre Arbeit immer noch eine fast flächendeckende Bestäubung

der Nutz- und Wildpflanzen garantieren, sind immer stärker besorgt über die Gesundheit und das Überleben ihrer Bienenvölker und verfolgen besonders im Wahljahr die politischen Entwicklungen und Entscheidungen sehr genau.

Wir sehen uns hier auch eins mit dem Steuerzahler, der als Gegenleistung für die Agrarsubventionen eine Berücksichtigung des Artenschutzes und eine Schonung aller natürlichen Ressourcen will.

Wir haben bereits in einer gemeinsamen Presseerklärung darauf hingewiesen, dass das Bundeslandwirtschaftsministerium zu Lasten des Bienenschutzes in Europa agiert und den Kommissionsvorschlag für Teilverbote der bienengefährlichen Neonicotinide bisher nicht unterstützt und damit keinen verbesserten Bienenschutz gewährt.

Die deutschen Imkerverbände möchten Sie darauf hinweisen, dass das Bundeslandwirtschaftsministerium das Deutsche Bienenmonitoring anführte, wonach keine schädlichen Auswirkungen von Pflanzenschutzmitteln auf Bienen bestehen. Tatsächlich wurden aber Auswirkungen von Pflanzenschutzmitteln auf Bienen im Deutschen Bienenmonitoring noch gar nicht untersucht!

Wir widersprechen den Darstellungen des Bundeslandwirtschaftsministeriums vehement und protestieren aufs Schärfste gegen diese Art der Darstellung.

In der Pressemitteilung des BMELV (Nr. 84 vom 14. März) wird auch versucht, den Eindruck zu erwecken, dass der Kommissionsvorschlag den Bienenschutz in Deutschland deutlich verschlechtern würde. Dies ist sachlich falsch. Zwar ist es richtig, dass die Bereiche Wintergetreide und die Produktion von Saatgut nicht vom Kommissionsvorschlag erfasst sind. Das BMELV verschweigt allerdings, dass laut dem Kommissionsvorschlag Anwendungen der drei Neonicotinoid-Wirkstoffe Clothianidin, Imidacloprid und Thiomethoxam für fast alle bienenattraktiven Kulturen wie Raps, Sonnenblumen und Obstkulturen für zwei Jahre verboten würden, im Gegensatz und damit erheblich besser als zurzeit in Deutschland. Der Vorschlag der EU-Kommission für ein Teilverbot der Neonicotinoide stellt einen Meilenstein für den Bienenschutz und insgesamt eine wesentliche Verbesserung des Status Quo in Deutschland dar. Zudem bleibt es Deutschland weiterhin möglich, über den Kommissionsvorschlag hinausgehende Anwendungsbeschränkungen für Wintergetreide und Saatgutproduktion zu erlassen.

Zudem ignoriert die Darstellung der Bundesregierung die Erkenntnisse des aktuellen EFSA-Gutachtens und vieler weiterer Studien, die erhebliche Schädigungen von Bienenvölkern insbesondere durch subletale Effekte (d. h. unterhalb der tödlichen Dosis wirkend) belegen. Auch die Aussage, durch strengere Auflagen sei eine Anwendung von Neonicotinoiden ohne ein höheres Risiko für Bienen möglich, ist höchst fraglich. Erfahrungen aus Österreich, Slowenien und Italien zeigen, dass trotz technischer Verbesserungen zur Minimierung von Staubabrieb bei gebeiztem Saatgut Bienenschäden bzw. akute Vergiftungsrisiken nicht auszuschließen sind.

Sehr geehrter Herr Minister Altmaier, wir fordern Sie auf, sich dafür einzusetzen, dass Deutschland im Berufungsausschuss in Brüssel dem Vorschlag der EU-Kommission für ein Teilverbot der Neonicotinoide (für Bienen hochgiftige Pestizide) ohne Einschränkung zustimmt.

Gerne stehen wir Ihnen für ein persönliches Gespräch zur Verfügung, damit wir Ihre Fragen zu unseren Forderungen umfassend beantworten können.

Mit freundlichen Grüßen

Peter Maske

Deutscher Imkerbund e.V., Villiper Hauptstraß3, 53343 Wachtberg-Villip

Manfred Hederer

Deutscher Berufs und Erwerbimkerbund e.V., Hofstattstr. 22a, 86919 Utting

Albrecht Pausch

Bioland e.V., Sprecher Bundesfachausschuss Imkerei, Unterschnatterbach 3, 85298 Scheyern

Günter Friedmann

Demeter e.V., Sprecher Bundesfachgruppe Bienenhaltung, Küpfendorf 37, 89555 Steinheim

Thomas Radetzki

Mellifera e.V., Fischermühle 7, 72348 Rosenfeld

Magnus Menges

Gemeinschaft der europäischen Buckfastimker, Schulstr. 4, 66909 Nanzdietschweiler

Walter Haefeker

European Professional Beekeepers Association, Tutzinger Str. 10, 82402 Seeshaupt